

Die Akzeptanz des Friedensdienstes in der Bevölkerung ist sehr hoch - nicht zuletzt wegen der Mischung aus Friedens- und Sozialarbeit

Es ist nicht gelungen, den Friedensdienst auf ein einmaliges Projekt zu beschränken. Der Friedensdienst hat Kontinuität und Eigendynamik bekommen.

Obwohl der Friedensdienst sich in der Zivildienstverwaltung etablierte, hat er seine Kritikfähigkeit an der Praxis des Zivildienstes behalten und verstärkt.

## Zukunft des Friedensdienstes

Es bereitet sich bereits eine weitere Gruppe auf einen Friedensdienst vor, der aller Voraussicht nach im Jahr 1990/91 realisiert werden soll. Aufgrund der Neuregelung im Zivildienstgesetz ist allerdings noch nicht sichergestellt, ob die OÖ Katholische Jugend weiterhin als Trägerorganisation erhalten bleibt. Vieles spricht dafür. Eine Aberkennung würde nur gegen den massiven Druck der ZD-Organisationen in OÖ möglich sein.

Friedensdienst ist auch in OÖ derzeit nur für eine kleine Minderheit zugänglich (maximal 5 ZD alle acht Monate) und nur bei einer Trägerorganisation möglich. Aus dieser Isolation gilt es auszubrechen, etwa durch Propagierung des Modells auch in anderen Bundes-

ländern sowie durch weiteres Engagement für eine generelle Ermöglichung von Friedensdienst per Gesetz, auch wenn ein diesbezüglicher Vorschlag bei der letzten Novellierung des Zivildienstgesetzes abgelehnt worden ist. (sh. Kasten)

*Christoph Jungwirth*

**Auch in Salzburg besteht Interesse an Friedensdienst. In einem ersten Gespräch haben Vertreter der ARGE Zivildienst, des ÖH-Zivildienstreferates, der Katholischen Hochschulgemeinde, des Studentenzentrums, der Katholischen Arbeiterjugend sowie des Personenkomitees für Frieden und Abrüstung beschlossen, das Modell Friedensdienst öffentlich zu propagieren und in der Folge Landeshauptmann Wilfried Haslauer aufzufordern, er möge gleich seinem öö. Politikerkollegen Friedensdienst in Salzburg ermöglichen. Interessenten melden sich am besten bei einer der oben genannten Stellen. Eine Gruppe FRIEDENSDIENST trifft sich ab sofort jeden 3. Dienstag im Monat um 18 Uhr im Friedensbüro, Bürgerspitalgasse 2, Tel. 843657. Kontakt: Hans Holzinger.**

## Kurz gemeldet:

### Wohnungen statt Waffen

Mit diesem Slogan werben die sozialistischen Gewerkschafter Salzburgs zur demnächst stattfindenden AK-Wahl. "Milliarden für die Raketenbewaffnung und lautes Nachdenken über immer neue Waffensysteme. ÖAAB-Obmann Lichal profiliert sich als verbohrt Aufrüster in einer Epoche spektakulärer Abrüstungsschritte der Supermächte", heißt es in einer Reportage des FSG-Magazins. Wir freuen uns über das Engagement und hoffen, daß es über die Wahl hinaus anhält!

### Alfred Dallinger

Österreich hat nicht nur einen couragierten Gewerkschafter, Politiker und Zukunftsdenkler, sondern auch einen konsequenten Militärkritiker verloren. Im Buch "Rekonstruktion der Sozialdemokratie" schrieb Dallinger: "Als kleines neutrales Land hätten wir die Chance, neue sicherheitspolitische Wege zu gehen, die auf das Mittel der Androhung bzw. Anwendung militärischer Gewalt prinzipiell verzichten. Gerade an der geopolitischen Bruchlinie, an der unser Land liegt, sollte der Versuch gewagt werden, nach allen Seiten vertrauensbildend zu wirken und Feindbilder abzubauen. Das geht sicher nicht von heute auf morgen; aber wir sollten anfangen, die Weichen endlich in die richtige Richtung zu stellen, statt auf den alten Gleisen weiterzufahren: heute Draken, morgen die nächste Generation von Abfangjägern, übermorgen Raketenwaffen - und was weiter? ... Als erstes sollte damit aufgehört werden, Gegner der militärischen Landesverteidigung automatisch als "Hochverräter" und Verfassungsfeinde abzustempeln."

### "Geheimstudie"

Das ungewollte Bekanntwerden einer vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebenen "Studie" unter dem Titel "Die subkonventionelle Ebene der Bedrohung" demaskierte die fragwürdigen Methoden, mit denen Friedensbewegung, Grüne, KPÖ und andere Gruppen in die Nähe des Terrorismus zu rücken und damit zu kriminalisieren versucht werden. Obwohl Bundeskanzler Vranitzky das "Werk" bei einer Veranstaltung von amnesty international als "Menschenrechtsverletzung" charakterisiert hat, wurden die Verfasser bislang nicht zur Verantwortung gezogen.

### Draken in Salzburg

Ein von der Sbg. Landesregierung in Auftrag gegebenes Lärmgutachten zum Salzburger Flughafen berührt auch die Belastungen durch die Drakenlandungen. Doch: Der Zonenplan verzeichnet leider nur die Lärmwerte von 95 bis 105 Dezibel, die in unmittelbarer Flughafennähe auftreten. Nach allgemeinen Richtlinien gelten aber bereits 60 Dezibel als zumutbare Obergrenze für Wohngebiete. Wenn man bedenkt, daß jeweils 5 Dezibel einer Lärmverdoppelung(!) entsprechen, kann man/frau sich ausmalen, daß die Draken - wie bei der Präsentation der Studie von Fachleuten kritisch angemerkt wurde - das ganze Stadtgebiet sehr erheblich belärmen werden. Bei den Flughafenanrainern regt sich Widerstand. Ein "Personenkomitee Salzburger Flughafen" wehrt sich gegen die generell untragbare Lärmbelastung durch den stark expandierenden Flugverkehr über Salzburg und hat soeben eine Fragebogenaktion zur Erhebung der Belastung der SalzburgerInnen gestartet. (Bögen erhältlich unter: 5072 Sießenheim 213, Tel. 85 15 952)

## Friedensdienst ins Gesetz!

### Vorschläge zur Zivildienstgesetznovelle 1988

#### Problemdarstellung:

Die im §3 Abs.2 des Zivildienstgesetzes genannte demonstrative Aufzählung von möglichen Dienstleistungen im Rahmen des ordentlichen Zivildienstes erlaubt derzeit nicht, daß der Zivildienstleistende während seiner Dienstzeit unter anderem auch einer "friedenspädagogischen Tätigkeit" (im Sinne der bisher durchgeführten Friedensdienste) nachgehen darf. Wir wünschen uns daher eine Ausweitung der Tätigkeitsmerk-

*male in diesem Sinne. Natürlich verstehen wir dies nicht als Verpflichtung für jeden Zivildienstleistenden, sondern als gute und heute immer mehr notwendige Möglichkeit, einen Zivildienstleistenden auf Grund seiner Fähigkeiten und Kenntnisse einsetzen zu können. Diesen Wunsch teilen wir mit vielen Zivildienstern und Zivildiensterrichtungen.*

*Mögliche juristische Formulierungen für die ZD-Gesetznovelle: Aufnahme in §3 Abs.2 des Zivildienstgesetzes:*

*Entweder: "Tätigkeiten im Rahmen der Friedensarbeit" oder "Friedenspädagogische Tätigkeiten" oder "Tätigkeiten im Rahmen der Friedens-erziehung"*